TAGEBLATTonline

Nachrichten

Nun verbandelt: die Samtgemeinden Himmelpforten und Oldendorf.

Die Großkommune kommt

Fusion jetzt perfekt - Heinbockel stimmt zu - Geldgaben weichen Widerstand im Rat auf

Steffen Kappelt HEINBOCKEL. Die Fusion der beiden Samtgemeinden Himmelpforten und Oldendorf ist perfekt. Am Donnerstagabend stimmte als letzte Gemeinde Heinbockel zu. Damit kann die neue Samtgemeinde Oldendorf-Himmelpforten voraussichtlich zum 1. Januar 2014 die Arbeit aufnehmen.

Mit 17 500 Einwohnern entsteht nach den beiden Städten und Harsefeld die viertgrößte Kommune im Kreis Stade. Ein langer Weg war's bis zur Fusion. Über vier Jahre diskutierten die Lokalpolitiker über eine Zusammenarbeit der beiden Rathäuser und über die weitergehende Fusion. Das nicht öffentlich tagende Realisierungsgremium entwickelte einen Gebietsänderungsvertrag, der im Frühjahr noch mal nachverhandelt wurde, um Oldendorfer Wünsche zu berücksichtigen.

Dazu gehört, dass die neue Samtgemeinde mit dem Doppelnamen zuerst Oldendorf im Namenszug führt, der Hauptsitz der Kommune aber das Rathaus Himmelpforten ist. Das Rathaus Oldendorf bleibt daneben erhalten. Garantiert werden auch alle Schulstandorte in den beiden Alt-Samtgemeinden.

Zur Fusion muss ein neuer Samtgemeinderat gewählt werden. Holger Falcke wird als Samtgemeindebürgermeister kandidieren, Oldendorfs Samtgemeindebürgermeister Thomas Scharbatke will als Stellvertreter ins Rathaus Himmelpforten einziehen.

Die beiden Samtgemeindebürgermeister und Mediator Gunter Armonat, der pensionierte Landrat, tingelten zu allen Räten, um die Ratsmitglieder von den Vorteilen einer Fusion zu überzeugen. Die beiden Samtgemeinderäte und die meisten der zehn Gemeinderäte stimmten zu, während die Oldendorfer und Heinbockeler der Fusion zum Teil skeptisch gegenüberstanden. Die Bürgerbefragung in Oldendorf, bei der sich eine knappe Mehrheit für die Fusion aussprach, brachte am Ende den Durchbruch. Finanzielle Versprechungen zum Multifunktionshaus und zur Skateranlage in Oldendorf wirkten Wunder.

So blieb nur noch das kleine Heinbockel als Hochburg des Widerstands übrig - vorneweg Bürgermeister Andreas Haack. Der Rat hatte beschlossen, auch hier die Bürger zu befragen. Haack ließ sich Zeit, bis ihn die Zeit in Gestalt eines Eilantrags der CDU-Fraktion einholte. Nach dem alten Zeitplan sollten die Räte nach sechs Monaten zugestimmt oder abgelehnt haben. Das wäre dann spätestens im September der Fall gewesen.

Doch dann machten die Verteiler finanzieller Wohltaten Druck. Die Zusage des Landes kam, dass die Kommunen Projekte gefördert bekommen. Vor ein paar Tagen erreichte der CDU-Landtagsabgeordnete Kai Seefried, dass Heinbockel endlich in den Ortsdurchfahrten Radwege und Bürgersteige ausbauen kann. Heinbockel darf 2013 einen Scheck über 300 000 Euro erwarten. Zudem werden die Wege an der Kreisstraße später vom Landkreis unterhalten. Jahr für Jahr stehen der Gemeinde rund 40 000 Euro mehr zur Verfügung, davon 10 000 Euro für Miete und Betriebskosten des Jugendhauses. Da machten die vier von der CDU Druck, setzten kurzfristig eine Ratssitzung durch. Sonst wäre das Geld weg. Mit acht Ja-Stimmen und drei Gegenstimmen, darunter der Bürgermeister, sagte der Rat zunächst die Bürgerbefragung ab, anschließend kam das Ja zur Fusion. CDU-Fraktionssprecher Hans Peter Köster machte "unübersehbare finanzielle Vorteile" aus. Auch Ratsmitglieder, die der Fusion zustimmten, etwa Gerd Blincke-Oellrich, kritisierten das Verfahren als "Erpressung".

02.06.2012

Artikel drucken **Fenster schließen**

© Zeitungsverlag Krause GmbH & Co. KG